

Antrag Nr. 16-F-03-0008

Grüne

Betreff:

Bauflächen für Wohninitiativen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.02.2016 -

Antragstext:

Ausgehend von aktuellen Presseberichten, sieht das Stadtplanungsamt eine Notwendigkeit darin, künftig über 10% von neuen Baugebieten für private Baugemeinschaften zu reservieren. Seit mehreren Jahren arbeitet der Runde Tisch für Wohninitiativen Wiesbaden bereits an der Verwirklichung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten (z.B. generationenübergreifendes, familienfreundliches, sozialstärkendes, barrierefreies, seniorenrechtliches Wohnen). Angesichts der veränderten Lebensentwürfe in der Gesellschaft und des demografischen Wandels halten wir eine substantielle Förderung der Wohninitiativen für notwendig. Die Fraktion hatte bereits in 2012 eine Initiative zur Förderung von Wohninitiativen unternommen, die leider durch die Koalition damals abgelehnt wurde.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

dafür Sorge zu tragen, dass in Neubaugebieten welche durch städtische Gesellschaften entwickelt werden, diese anzuweisen, 15 Prozent der Bauflächen für gemeinschaftliche Wohnungsbauprojekte von z.B. Baugruppen, Genossenschaften und Wohninitiativen vorzuhalten bzw. für diese Bedarfe zu entwickeln, wobei sichergestellt werden muss, dass bei Umsetzung der Projekte die Erwerber die Objekte auf Dauer selbst nutzen und bestimmte, z.B. vorab mit dem Runden Tisch für Wohninitiativen abgestimmte Aspekte (soziales-integratives Konzept; architektonische, ökologische und/oder barrierefreie Konzepte) umsetzen.

Wiesbaden, 05.02.2016

Karl Braun
sozialpolitischer Sprecher

Matthias Schulz
Fraktionsreferent